

Wiener Hilferuf zu Deutsch in der Klasse

Flucht, Pandemie, Handyfixierung, Sparkurs: Wiens Bildungsstadtrat Christoph Wiederkehr sieht viele Gründe, warum so viele hier geborene Schulanfänger kein Deutsch können. Appelle richtet der Neos-Politiker quasi an sich selbst.

Gerald John

Zumindest in der Bewertung der Sachlage herrscht weitgehende Einigkeit. Wie seine Kritiker nennt auch Christoph Wiederkehr, Bildungsstadtrat von Wien, die neuen Zahlen „dramatisch“: Fast die Hälfte der Erstklässler in Wiens öffentlichen Volksschulen – mit Stand Oktober ganz genau 44,6 Prozent – beherrscht nicht ausreichend Deutsch, um dem Unterricht folgen zu können. Dabei sind 61 Prozent dieser Kinder in Österreich geboren.

Allerdings will der Neos-Politiker seinen Befund nicht allein für seinen Einflussbereich gelten lassen. So hoch wie in Wien sind die Werte zwar in keinem anderen Bundesland, doch auf Anteile von rund 20 Prozent solcher „außerordentlichen Schüler“ kamen 2023 auch Oberösterreich, die Steiermark und Vorarlberg. Mancherorts zeigt sich überdies ein noch stärkerer Anstieg als in der Hauptstadt: In Tirol hat sich der Anteil der außerordentlichen Schüler seit 2017/2018 von 4,6 auf 14,5 Prozent verdreifacht.

Das mache die Situation in Wien aber nicht besser, fügt Wiederkehr an. Für die „unglaublich hohen Zahlen“ hat er mehrere Erklärungen.

Zeitverzögerte Folgen

■ **Flüchtlinge** Obwohl die Mehrzahl hierzulande aufgewachsen ist, könne man die „massive“ Fluchtbewegung als Faktor nicht wegdiskutieren. In der jüngeren Vergangenheit habe Wien 8000 Kinder während der laufenden Schuljahre unterbringen müssen, überwiegend aus Syrien und der Ukraine.

■ **Pandemie** Während der Corona-Zeit seien nicht nur zeitweise die Schulpflicht und das verpflichtende Kindergartenjahr ausgesetzt worden, sondern über fast zwei Jahre auch die von externen Kräften durchgeführte Sprachförderung an den Kindergärten: Das schlage sich nun zeitverzögert in bitterer Konsequenz nieder.

■ **Digitale Welt** Die große Konkurrenz zu Gesprächen zwischen Eltern und Kind sei heute das Smartphone: Wie Studien zeigten, habe die Kom-

munikation in Familien abgenommen, sagt Wiederkehr. Da brauche es noch viel Aufklärungsarbeit: Dass elektronische Berieselung im Kinderwagen nicht den Spracherwerb fördere, sei noch nicht überall angekommen.

■ **Sparkurs** Zu schlechter Letzt landet der Kommunalpolitiker bei Kritik an den letzten Bundesregierungen. Laut seiner Rechnung ist das Ausmaß der vom Bildungsministerium genehmigten und finanzierten Planstellen für Deutschförderung ab 2017/18 innerhalb von drei Jahren von 364 auf 148 zurückgefahren worden. Mittlerweile steht Wien wieder bei 230 Planstellen. Doch das sei angesichts der steigenden Schü-



Christoph Wiederkehr schlägt Bildungsalarm.

Foto: APA/Slovenčik

lerzahlen viel zu wenig, weshalb die Stadt immer mehr zur Kompensation ausgeben müsse.

Wiederkehres Kritiker halten letzteres Argument allerdings für ein Ausweichmanöver. Könnten viele Kinder mit sechs Jahren nicht ausreichend Deutsch, dann liege das Problem vor allem vor der Schulzeit, moniert die Opposition in der Stadt. Laut Berechnung der Wiener ÖVP auf Basis von Wiederkehres Daten erhalten nur 56 Prozent aller Kindergartenkinder, die Bedarf an einer Sprachförderung haben, tatsächlich eine solche. Damit ist der Anteil seit Eintritt der Neos in die von der SPÖ geführte Koalition vor vier Jahren unterm Strich sogar leicht gesunken. Versagt die zuständige Stadtregierung also?

Wiederkehr wiederum betont: Zu Amtsantritt habe es an 246 Kindergärten Sprachförderung gegeben, mittlerweile treffe das auf 376 Standorte zu, statt 300 Kräfte seien nun 407 im Einsatz. Doch man dürfe nicht übersehen, dass gleichzeitig auch die Zahl der Kinder mit Bedarf massiv gestiegen sei. Überdies werde die Aufgabe insofern schwieriger, als bereits 60 Prozent der Kindergartenbesucher in Wien eine andere Muttersprache als Deutsch hätten. „Früher haben die Kinder auch voneinander gelernt“, sagt Wiederkehr: „Das wird immer schwieriger.“

Um diese Herausforderung stemmen zu können, brauche Wien Unterstützung von der nächsten Bundesregierung. Wiederkehr richtet diesen Appell quasi an sich selbst – verhandelt er als einer der Neos-Vertreter doch derzeit mit ÖVP und SPÖ die angestrebte Dreierkoalition.

Zwei Jahre Kindergarten

Zu seinen Forderungen zählt, die Verpflichtung zum Kindergarten von einem auf zwei Jahre auszubauen. Er hält dies für den einfacher umsetzbaren Weg als die von FPÖ und ÖVP ins Spiel gebrachte Idee, alle Kinder mit drei Jahren zu testen, um dann nur bei Bedarf eine Verpflichtung vorzuschreiben: „Zwei Jahre Kindergarten tun allen Kindern gut.“

Eine Bundesregelung brauche Wien auch, um Kindern mit Sprachdefiziten zwei Wochen Deutschkurs im Sommer vorschreiben zu können. Wer die gesamten Ferien außerhalb Österreichs verbringe, baue der Erfahrung nach stark ab. Ohnehin müsse die nächste Regierung in ganz Österreich eine große „Deutschoffensive“ starten, wofür es 100 Millionen Euro brauche. Insgesamt fehlten der Republik 20.000 Pädagoginnen und Pädagogen.

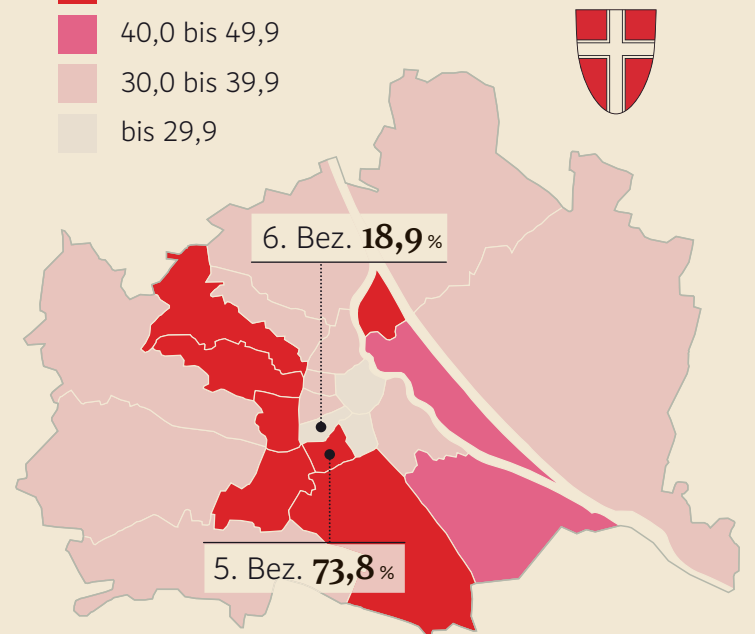
Ob diese Forderungen für die auf das Bildungsministerium spitzenden Neos eine Koalitionsbedingung im Bund seien? Wiederkehr bleibt vage, aber immerhin: „Das Thema hat für uns oberste Priorität in den Regierungsverhandlungen.“

Kommentar Seite 28

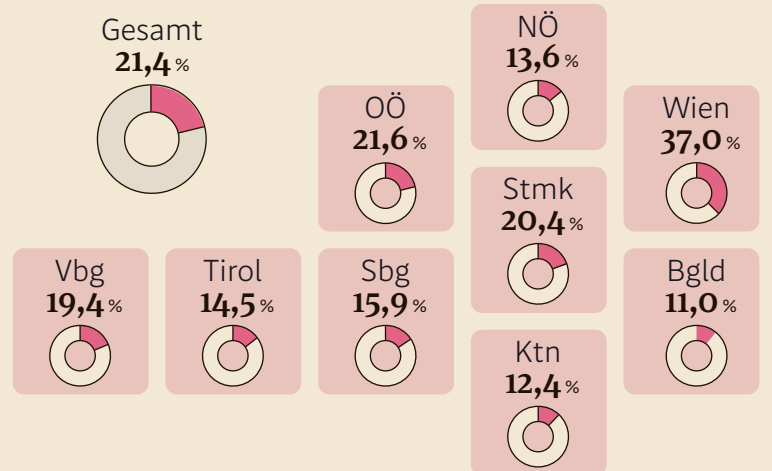
Anteil außerordentlicher Schüler Mangelnde Sprachkenntnisse, erste Klasse Volksschule

Wien nach Bezirken Schuljahr 2024/25 | in Prozent

- ab 50,0 %
- 40,0 bis 49,9
- 30,0 bis 39,9
- bis 29,9



Bundesländervergleich Schuljahr 2023/24 | in Prozent



Quelle: Quellen: APA, Stadt Wien/BMBWF | DER STANDARD

Gehaltsabschluss erreicht, Demo abgesagt

Für die Neos ist die Erhöhung um 3,5 Prozent für öffentlich Bedienstete zu kräftig, sie fühlen sich von ÖVP und SPÖ „übergangen“

Wien – Unmittelbar vor einer am Dienstag geplanten Großdemonstration der öffentlich Bediensteten ist doch noch ein Gehaltsabschluss gelungen. Das teilten die zuständigen Gewerkschaften GÖD und Yunion in einer Aussendung mit. Laut dem Vorsitzenden der GÖD, Eckhard Quin, beträgt der Abschluss 3,5 Prozent, und zwar sozial gestaffelt. Minimal wird um 82,40 Euro erhöht, maximal um 437,80, sagte Quin bei einer Pressekonferenz.

Damit blieben die Verhandler unter der außer Streit gestellten Inflation von 3,8 Prozent. Dafür wurde auch bereits ein Abschluss für 2026 fixiert, wo auf die rollierende Inflation noch einmal 0,3 Prozent draufkommen sollen. „Die Kollegen bekommen dadurch langfristig eine Sicherung ihrer Kaufkraft“, sagte Quin.

Der Abschluss wurde in geheimen Verhandlungen erzielt, die laut dem Yunion-Vorsitzenden Christian Meidlinger am Montag bis über Mitternacht hinaus gingen und in den Morgenstunden fortgesetzt wurden. Am Dienstag gelang einen

Tag vor Beginn der Bundespersonalvertretungswahl in der Früh die Einigung.

Beamtenminister Werner Kogler (Grüne) gab sich erleichtert und betonte, dass der Abschluss vor dem Hintergrund schwieriger Rahmenbedingungen und Abwägungen erreicht worden sei. Allzu oft werde vergessen, dass der öffentliche Dienst in Konkurrenz mit der Privatwirtschaft stehe. Er müsse daher auch über Gehaltsabschlüsse weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber bleiben.

Triste Budgetlage

Die Rahmenbedingungen waren heuer angesichts trister Budgetlage und Rezession besonders schwierig. Dazu gab es einen Wechsel im Finanzministerium. Den Kampfesmut der Gewerkschaft hatte wohl zusätzlich die Bundes-Personalvertretungswahl erhöht, die Mittwoch und Donnerstag über die Bühne geht.

Mit der Einigung auf den Gehaltsabschluss fiel auch die Großkundgebung in der Wiener Innenstadt ins

Wasser, zu der bis zu 30.000 Menschen erwartet worden waren. Viele öffentlich Bedienstete hätten seit der Früh darauf gewartet, ob es nun zu einer Demo kommt oder nicht. „Ohne diese Bereitschaft wäre ein Gehaltsabschluss nicht möglich gewesen“, meinte Quin.

Insgesamt gilt der Abschluss für 250.000 Bundesbedienstete. Damit der Beschluss auch in Kraft tritt, bedarf es noch einer Bestätigung durch den Nationalrat, die im Dezember folgen dürfte. Zwar haben die Koalitionsparteien ÖVP und Grüne keine Mehrheit mehr, doch ist angesichts der sozialdemokratischen Beteiligung auf Gewerk-

schaftsseite davon auszugehen, dass auch die SPÖ beim Beschluss mitgeht.

Die Neos sind von der Erhöhung hingegen „überrascht, irgendwie enttäuscht und ein wenig erbost“, sagte ihr Abgeordneter Josef Schellhorn. Er forderte am Dienstag ein „klärendes Gespräch“ von ÖVP und SPÖ, mit denen die Neos derzeit über eine Dreierkoalition verhandeln. Bei der Gehaltseinigung seien die Neos „übergangen“ worden, kritisierte Schellhorn.

Später Termin beim Chef

Schon vergangene Woche fanden in der Verwaltung und in einigen Schulen Dienststellenversammlungen statt – einen Tag vor der ersten Verhandlungsrunde zwischen der GÖD und der Regierung. Der späte Termin bei Vizekanzler Kogler, der dem Beamtenministerium vorsteht, stieß der GÖD sauer auf. Chefverhandler Quin verteidigt deshalb die Versammlungen und die nun abgesagte Demo damit, dass es ein Vierteljahr bis zur ersten Gesprächsrunde gedauert habe.

Eine genaue Gehaltsforderung hatte die GÖD, die gemeinsam mit der Gemeindebediensteten vertretenden Yunion auftritt, im Vorfeld nicht genannt. Als Grundlage für die Verhandlungen nahm man einen Wert von 3,8 Prozent für die Teuerung an; beim Wirtschaftswachstum ging man von einem Minus von 0,6 Prozent aus.

Betroffen von dem nun ausgehandelten Gehaltsabschluss sind unter anderem auch Lehrerinnen und Lehrer – aber auch das Gesundheitswesen, die Verwaltung und die Polizei fallen unter die öffentlich Bediensteten.

Indirekt kommen außerdem 324.000 Bedienstete der Länder und Gemeinden hinzu – bei ihnen muss jedoch der Bundesabschluss nicht übernommen werden. Die Letztentscheidung trifft die jeweilige Gebietskörperschaft.

Im Vorfeld der Verhandlungen hatte die Rechnungshof-Präsidentin Margit Kraker zu einer Nulllohnrunde geraten – die Forderung war von der Gewerkschaft scharf kritisiert worden. (ste, APA)



Beamtenminister Werner Kogler (Grüne) ist zufrieden.

Foto: APA/Foehninger